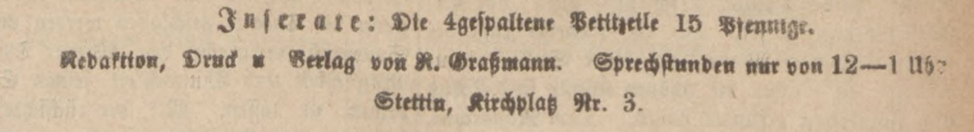
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.


Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. **Sonntag, den 25 Dezember 1881.** **Nr. 602.**

Der Weihnachtsfeiertage wegen erscheint die nächste Nummer dieses Blattes Dienstag Abend.

Deutschland.

Berlin, 24. Dezember. Zu den großen Sorgen, welche dem gegenwärtigen rumänischen Kabinet die Donaufrage verursacht, fehlten eben noch die Enthüllungen des Herrn Callimaki-Catargi, durch welche die mannigfachen Verlegenheiten der Regierung beträchtlich erhöht werden. Der offizielle Telegraph hat uns im Wesentlichen davon benachrichtigt, um was es sich handelt, und hinzugefügt, man glaubte, Callimaki-Catargi werde „wegen Veröffentlichung diplomatischer Dokumente" gerichtlich verfolgt werden.

Ueber die Folgen dieses diplomatischen Intermezzos heute schon Vermuthungen auszusprechen, scheint nicht gut möglich, da wir nicht wissen, ob man wirklich den Muth haben wird, den geachteten und einflußreichen Mann vor den Bukarester Kassationshof zu stellen. Angesichts der etwa folgenden Ereignisse jedoch kann es nicht ohne Interesse sein, nach den Ursachen und Beweggründen des im Anzuge befindlichen diplomatischen Skandals zu forschen. Diese nun, wie die ziemlich zutreffende Charakteristik des renitenten Diplomaten, glauben wir in einem uns in Uebersetzung vorliegenden rumänischen Aktenstücke zu finden. Es ist dies der Immediatbericht (Nr. 21599 vom 6. November (a. St.) 1881) des rumänischen Ministers des Aeußern, des Herrn Eugen Statescu an den König Karl, in welchem der Minister die Abberufung des Herrn Callimaki Catargi von seinem Pariser Posten vorschlägt und seinen Vorschlag sehr eingehend motivirt. Wir sind in der Lage, den Immediatbericht des Ministers im Wortlaut hier folgen zu lassen:

Sire!

Die Art und Weise, wie Herr Callimaki-Catargi bisher seine Mission als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister in Paris, welche Mission Eure Majestät demselben anzuvertrauen geruhten, erfüllt hat, und das Verhalten, das er jetzt Euer Majestät Regierung gegenüber eingenommen hat, machen es mir zur Pflicht, um seine Abberufung zu bitten.

Seit dem Monat Mai bis zum 15. Oktober hat derselbe ununterbrochen auf seinem Posten gefehlt und der Pflege seiner Privatinteressen auf seinem Gute obgelegen. Als Anfang Juni Herr J. Ghika als bevollmächtigter Minister nach London gesandt wurde, wo wichtige Angelegenheiten (Donaufrage?) dessen Anwesenheit erforderten, konnte ich nur mit der größten Mühe Herrn Callimaki-Catargi dazu bewegen, dahin zu reisen, damit Herr Ghika in die Lage komme, seine Kreditive zu überreichen. Trotz aller meiner Bemühungen hat sich derselbe erst Ende Juni entschlossen, nach London zu reisen, um seine Abberufungsschreiben zu überreichen. Gleich nach Erfüllung dieser Formalitäten jedoch und nach kaum dreiwöchentlicher Abwesenheit vom Lande hat Herr Callimaki-Catargi wiederholt telegraphisch und dringlich einen neuen Urlaub verlangt, unter dem Vorwande, daß seine Privatangelegenheiten vernachlässigt würden und daß seine Anwesenheit ganz unnöthig sei. Obgleich die Regierung die Meinung des Herrn Callimaki-Catargi nicht theilte, vielmehr im Gegentheil die Anwesenheit ihres Gesandten in Paris als dringende Nothwendigkeit betrachtete, war ich doch in Folge der letzten Depesche des Herrn Callimaki-Catargi vom 21. August, in welcher derselbe erklärt, daß er demissioniren würde, im Falle ich ihm den verlangten Urlaub verweigerte, gezwungen, nachzugeben, und ich beschränkte mich nur darauf, ihm zu empfehlen, wenigstens noch das Anlangen einiger wichtiger Mittheilungen, die ich an ihn durch die Post abgesendet, abzuwarten. Im Monat September, als Herr Callimaki-Catargi auf seinem Gute in der Moldau weilte, wurde der Posten eines ersten Sekretärs in Paris durch die Ernennung des Herrn E. Ghika in Sophia vakant; es war daher nothwendig, eine Person zu ernennen, welche befähigt war, den Titular der Gesandtschaft zu vertreten, und Euer Majestät geruhten auf Grund meiner Empfehlung Herrn Alexandro Odobesco, gewesenen Minister und Mitglied der Akademie, zu ernennen. Sobald Herr Callimaki-Catargi von dieser Ernennung Kenntniß erhielt, kam er nach Bukarest und verlangte deren Widerrufung, indem er erklärte, daß er im entgegengesetzten Falle nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren würde und ich ihn als demissionirt betrachten könne.

Diesmal glaubte ich nicht nachgeben zu dürfen, zumal dies eine Forderung ist, die unbegründet und auf kein gesetzliches Motiv basirt schien und welche durch die Art und Weise, wie sie gestellt worden, die Prärogative der Regierung verletzte. Herr Callimaki-Catargi hat sich in Folge dessen nicht gescheut, sowohl hier wie in Paris zu Maßregeln seine Zuflucht zu nehmen, die um so verurtheilenswerther sind, als dieselben von einer Persönlichkeit ausgingen, die noch immer den Titel eines Vertreters des Landes in Paris hatte, und als diese Maßnahmen auch geeignet waren, die Beziehungen unserer Gesandtschaft mit der Regierung der Republik zu beeinflussen. Er reiste dann auch von Bukarest ab, ohne mich vorher davon zu verständigen.

Am 2. November telegraphirte mir Herr Callimaki-Catargi aus Paris, daß er meine Entschließung betreffs der letzten Ernennung erwarte, eine Ernennung, welche, wie er sagt, im Ministerium des Aeußern in Paris, „wie sie verdient", beurtheilt wird. Da ich einsah, daß er darauf bestehe, die Abberufung des Herrn Odobesco zur Bedingung seines eigenen Amtsantrittes zu machen, so habe ich ihm geantwortet, daß in Folge seiner mündlichen Erklärungen und dieser seiner Depesche mir nichts Anderes übrig bleibe, als seine Mission als beendet zu betrachten. Als Antwort darauf sandte mir derselbe eine offene Depesche, die ich, um Erlaubniß bittend, Ew. Majestät beiliegend vorlege. . . . Dieses Verfahren erlaubt es mir nicht, länger zu zögern, Ew. Majestät die Abberufung des Herrn Callimaki-Catargi von seinem Posten als außerordentlichen und bevollmächtigten Ministers in Paris, vorzuschlagen. Wenn Euer Majestät diese Bitte approbiren, so bitte ich ergebenst, beiliegenden Dekret-Entwurf gütigst unterschreiben zu wollen.

In tiefster Ehrfurcht bin ich, Sire, Ew. Majestät 2c. 2c.

ganz ergebenster Diener
Eugen Statescu.

So der ministerielle Bericht, welcher so ziemlich Alles sagt, was sich auf den Fall des Herrn Catargi bezieht. Die „offene Depesche", die von den chiffrirten, deren sich der Gesandte im Verkehr mit seiner Regierung zu bedienen pflegt, wohl zu unterscheiden ist, soll schmähliche persönliche Beleidigungen gegen den Minister des Aeußern enthalten haben, und es ist in Folge dessen sehr natürlich, daß der König keinen Augenblick zögerte, die Abberufung dieses Gesandten zu dekrediren. Warum Herr C. Catargi sich gegen die Ernennung des früheren Ministers der öffentlichen Arbeiten und Mitgliedes der Akademie, des Herrn Odobesco, zum „Vertreter des Titulars" in Paris auflehnte, ist für den „Prozeß" von keiner wesentlichen Bedeutung. Der Wallache Odobesco paßte dem Moldauer C. Catargi einfach nicht.

Nach einem gestrigen Pariser Telegramm des Wolffschen Bureaus versucht Herr C. Catargi sein Vorgehen zu rechtfertigen, indem er in Pariser Zeitungen erklärt: Um meine jüngst „erfolgte Abberufung von dem Gesandtenposten in Paris zu rechtfertigen, hat die Regierung Joan Brattanos mich beschuldigt, durch schwere Vernachlässigungen in der Erfüllung meiner Mission die Interessen Rumäniens in der Donaufrage geschädigt zu haben." Diese Erklärung scheint mit dem obigen Rapport des Ministers an den König nicht ganz genau übereinzustimmen. In Folge dessen glaubte Herr C. Catargi seine „Ehre angegriffen" und antwortete mit der zwischen ihm und Joan Bratiano gewechselten Korrespondenz. Ob dieselbe, wie der Exgesandte sagt, „in keiner Weise das Vertrauen irgend welcher Regierung verräth" und „kein Staatsgeheimniß aufdeckt" und ob es überhaupt zulässig ist, daß ein Gesandter die Politik der eigenen Regierung an die große Glocke hängt, das zu beurtheilen, scheint der rumänischen Regierung der Bukarester Kassationshof am allerkompetentesten zu sein. Das Bukarester Kabinet hat somit Gelegenheit, an dem einflußreichen Moldauer C. Catargi zu zeigen, ob es sich Kraft und Stärke genug zutraut, um einen so verhängnißvollen Kampf auf sich zu nehmen. (Berl. Tgbl.)

— Wie die „Tribüne" vernimmt, versuchte die türkische Regierung am 16. d. M. ein Nachspiel zu der bekannten „Vulkan"-Affaire zu insceniren. Unter dem Vorgeben, daß die Ladung des englischen Dampfers „Dudby" auch einige explosive Güter umfasse, wollte sie die Ladung untersuchen. Der englische Geschäftsträger protestirte indessen und das englische Boot ging nach seiner Bestimmung weiter. Alles dies nahm 24 Stunden in Anspruch. In der „Vulkan"-Affaire ist seither nichts vereinbart oder geschehen. Von einer Spezial-Kommission weiß Niemand etwas, wohl aber davon, daß den Ladungs-Interessenten die Berechtigung zu einer Vergütung nicht zuerkannt werden soll. Das Vorgehen gegen das deutsche Schiff steht wenig in Einklang mit den sonstigen Vorgängen in internationaler Beziehung.

— Der Kaiser Franz Josef empfing am Donnerstag eine Deputation der Triester Handelskammer, bestehend aus dem Präsidenten Reinelt, dem Vizepräsidenten Vucetich, dem Kammerrath Parisi, sowie aus dem Reichsraths-Abgeordneten und Kammerrath Teuschl, welche gekommen war, um am Throne selbst die Wünsche Triests vorzutragen. Der Führer der Deputation, Präsident Reinelt hielt eine kurze Ansprache an den Kaiser und bemerkte, die Triester Handelskammer habe angesichts der bedrängten kommerziellen Lage Triests in einer Denkschrift die Maßnahmen angedeutet, welche die Handelswelt zum Schutze Triests für nothwendig hält, und erlaube sich, diese Denkschrift dem Kaiser mit der Bitte zu überreichen, er möge die Wünsche Triests dem Wohlwollen der Regierung empfehlen. Der Kaiser erwiderte, die Interessen der Stadt Triest hätten ihm stets am Herzen gelegen, und er sehe ein, daß für Triest etwas geschehen müsse. Er werde die Denkschrift an seine Regierung zur Prüfung und Würdigung gelangen lassen und sie beauftragen, alle in dieser Angelegenheit nothwendigen Weisungen so rasch als möglich ergehen zu lassen. Dann fuhr der Kaiser wörtlich fort: „Ich bedauere nur, daß die Abgeordneten von Triest meiner Regierung eine faktiöse Opposition machen. Es ist das nicht mehr eine gewöhnliche, sondern eine faktiöse Opposition." Hierauf wurde die Deputation entlassen.

Wohl selten, bemerkt die „Nat.-Ztg." hierzu, ist von derartig hoher Stelle aus ein ähnlich scharfer Vorwurf erhoben worden, wie ihn der Kaiser hier den drei Triester Abgeordneten gemacht hat. Von den Wiener Blättern ist die „N. Fr. Pr." bereits wegen einer Besprechung des Vorganges konfiszirt worden. Das „Wiener Tageblatt" behauptet, daß der Vorwurf der faktiösen Opposition nicht blos den Abgg. Teuschl, Rabl und Wittmann, sondern der gesammten Verfassungspartei angeheftet worden sei. Die drei Männer, gegen welche sich die Worte des Monarchen direkt kehrten, gehören, wie das „N. W. Tgbl." hervorhebt, nicht den schärfsten Opponenten des Ministeriums Taaffe an, sie haben vielmehr eine gewisse Neigung zum Opportunismus und sie haben das auch bei verschiedenen Gelegenheiten im Reichsrath bewiesen.

„Deshalb, meint das genannte Blatt, wäre es doch eine ganz falsche Methode der Beurtheilung, wenn man blos auf das Verhalten der Abgeordneten von Triest Rücksicht nehmen wollte, um den Motiven der kaiserlichen Kundgebung gerecht zu werden. Die kaiserliche Kundgebung richtet sich nicht allein gegen die Abgeordneten von Triest, sondern gegen die gesammte deutsche Opposition im Reichsrathe und ist gleichzeitig bis zu einem gewissen Grade eine Vertrauenskundgebung für das Ministerium. Darin liegt eben die große Tragweite der kaiserlichen Worte."

Wir warten eine weitere authentische Erklärung ab, welche Thatsachen Kaiser Franz Josef bei seiner höchst ungewöhnlichen Bemerkung im Auge hatte. Der ganze Vorgang und die Deutungen, welche er in den zitirten Blättern findet, muß um so mehr überraschen, als Kaiser Franz Josef bis jetzt seine Stellung als konstitutioneller Monarch mit nachdrücklichster Sorgfalt gewahrt hat.

— Noch sind die Untersuchungen im Gange wegen des Verbleibs von mehr als dreimalhunderttausend Rubel, welche dem Kassirer des Moskauer Findelhauses entwendet wurden, und abermals meldet der Telegraph von einem großen Diebstahl in der Renteikasse zu Sebastopol. Wie der „Regierungsbote" mittheilt, erfolgte der Diebstahl am 19. Dezember und zwar wurde er mittelst eines nach der Rentei geleiteten Minenganges ausgeführt. Die entwendete Summe beträgt 47,000 Rubel. In Folge sofort angestellter energischer Nachforschungen im Innern des Reiches wie in Konstantinopel wurden in Armaensk 3 Personen mit 27 000 Rubel des gestohlenen Geldes verhaftet. Ohne Zweifel sind hierbei die Nihilisten im Spiel; haben sie doch auch in Odessa s. Z. auf gleichem Wege den großen Diebstahl ausgeführt. Auch die in Moskau gestohlene Summe soll in ihre Hände geflossen sein. Die Anstrengungen, welche die Verschwörer machen, sich wieder in den Besitz großer Geldmittel zu setzen, lassen darauf schließen, daß sie von Neuem mit weitgehenden verbrecherischen Plänen umgehen.

— Die Art, wie man in Sibirien mit den Depeschen der Schiffbrüchigen von der „Jeanette" verfahren, indem dieselben „aus Mangel an Mitteln" statt durch den Telegraphen mit der Post von Irkutsk nach dem Ministerium des Innern geschickt wurden, wird auch von der russischen Presse gegeißelt; „diese „telegraphische Nachricht" ist mit der Schildkrötenpost befördert worden", bemerkt „Nowoje Wremja" mit gebührendem Hohn. Der General-Gouverneur von Ostsibirien weilt seit einiger Zeit in St. Petersburg und wird erst im Mai auf seinen Posten zurückkehren. Wie verlautet, bezweckt seine Anwesenheit in der Hauptstadt die Urgirung von Reformen in den seiner Verwaltung anvertrauten Gebieten.

— Aus St. Petersburg, 22. Dezember, meldet die „K. Z.":

Die Polizei hält Nachforschungen bei allen Photographen wegen der Aufnahme einer Gruppe von 20 Studenten, die der revolutionären Partei angehören sollen. Dagegen verlautet über die Verhaftung mehrerer Offiziere in Gatschina durchaus nichts Näheres. Das verbreitete Gerücht scheint sich demnach nicht zu bestätigen.

— Wie der „W. A. Ztg." aus Petersburg gemeldet wird, hat das nihilistische Exekutivkomitee unterm 23. November eine Proklamation erlassen, in welcher es erklärt, von dem Mordversuch Sankowsky's auf General Tscherewin nichts gewußt, denselben daher auch nicht unterstützt zu haben.

— Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hielt am Dienstag unter Theilnahme Bebels in Dresden eine Konferenz ab, in welcher man sich über die zukünftige Taktik den Regierungsvorlagen und namentlich den staatssozialistischen Plänen des Reichskanzlers gegenüber verständigte und die Haltung präzisirte, welche die sozialistische Fraktion zu den übrigen Parteien im Reichstage einzunehmen habe. Es verlautet, wie der „Volkszeitung" geschrieben wird, daß hinsichtlich des Staatssozialismus beschlossen wurde, denselben unbedingt von der Hand zu weisen, so lange er von dem Fürsten Bismarck inaugurirt werde und das Regierungssystem desselben zu stützen bestimmt sei.

Die von der „Chemnitzer Ztg." verbreiteten Gerüchte, daß Geiser angeblich zurücktreten und das Mandat niederlegen würde, um Bebel den Weg in den Reichstag zu bahnen, sind, wie gleichfalls die „Volks-Ztg." versichert, gänzlich aus der Luft gegriffen. Bebel hat persönlich erklärt, daß er eine solche Manipulation niemals billigen werde.

— Wie die „Köln. Ztg." schreibt, werden sich die liberalen Parteien des Reichstages bemühen, ihre mehrfach erwähnten Anträge bezüglich eines Unfallversicherungsgesetzes möglichst vor dem Schluß der Session wenigstens zur ersten Lesung zu bringen, falls dies sich jedoch nicht ermöglichen lassen sollte, dafür sorgen, daß diese Anträge in der nächsten Session neben der zu erwartenden Regierung-Vorlage auf der Tages-Ordnung bleiben.

— Der Bundesrath hat sich gestern bis zum 7. Januar vertagt. Die zuständigen Ausschüsse haben sich in den letzten Tagen noch mit einer Verordnung über die Anstellung von Militäranwärtern eingehend beschäftigt.

— Bei der gestrigen Wahl im Kreise Zauch-Belzig haben bis jetzt erhalten: Rademacher, Fortschritt, 5234, v. Oertzen, kons., 897, Bebel, Sozialdemokrat, 531 Stimmen.

Ausland.

Wien, 22. Dezember. Die Direktoren der Wiener Privat-Theater erschienen heute vor Sr. Majestät dem Kaiser, um die traurige Lage der Schauspielhäuser Wiens an einer Stelle vorzubringen, an welcher die schönen Künste stets Schutz und Förderung gefunden haben. Dem Monarchen, unter dessen Szepter alle Künste in der Residenz zu herrlicher Blüthe sich entfaltet haben, unter dessen Herrschaft die Stadt zu einer Blüthe des Kontinents geworden, sollte die Gefahr, von welcher die Wiener Theater bedroht werden, nicht verborgen bleiben. Die furchtbare Katastrophe im Ring-Theater hat eine Art von Theaterscheu hervorgerufen. Das Publikum will die Räume nicht betreten, in denen es bisher Zerstreuung gefunden, in denen es seinen Kunstsinn befriedigen, eine Erleichterung von der Bürde seiner Sorgen und den Mühen des Tages erwarten konnte. Als würden die Schreckenszenen vom Schottenring der Bevölkerung noch vor Augen schweben, als würden die Jammerrufe noch im entsetzten Ohr ertönen, scheint ihr der Begriff des Theaters, scheint ihr der Anblick eines Schauspielhauses stets mit einer Katastrophe in Verbindung zu stehen. Die Musentempel sind gleichsam in Medusentempel umgewandelt, aus deren Nischen Gorgonenhäupter Angst und Furcht einflößen. Aus der Ansprache des Direktors des Stadttheaters an den Kaiser ist zu entnehmen, daß die Einnahmen seit dem 8. Dezember auf den zehnten Theil gesunken sind. Die Einstellung der Nachmittags-Vorstellungen kommt ebenfalls einem schweren finanziellen Schlage gleich. Ist es da unbegreiflich, daß die Direktoren daran denken, die Theater zu sperren? Das ist freilich ein Wort, welches Manchen nicht sonderlich tief berührt. Mancher ist mit der Richtung, welche gewisse Bühnen eingeschlagen haben, nicht zufrieden und denkt vielleicht, die Kunst, die Literatur, die Poesie werde unter einer solchen Eventualität nicht viel zu leiden haben, und eine Ansicht dieser Art ist vielleicht nicht ganz unbegründet. So mancher Andere denkt wieder, es sei besser, die Theater bleiben geschlossen, als daß wieder ein Brandunglück ähnlicher Art unsäglichen Jammer über die Hauptstadt bringe. Diese Argumentation würde aber aber dazu führen, alle modernen Einrichtungen und Erfindungen, welche mit Gefahren für das menschliche Leben verbunden sind, zu vernichten, die Welt in den Urzustand des goldenen Zeitalters zurückzuversetzen, in dem weder die Theater, noch die elektrische Kraft, noch die Gasflammen gekannt wurden, und die Menschen nur als „Natur-Menschen" lebten, wobei es indessen sehr zweifelhaft ist, ob sie wirklich dabei so edel und selbstzufrieden waren, wie die Phantasie Rousseaus sie ausgedacht hat. Aber Erwägungen dieser Art können in diesem Augenblicke nicht von Belang sein. Die Kunst geht ebenfalls nach Brod, und kann auf diesem Wege nicht immer Idealen nacheilen, da sie auch nicht stets jenes ideale Publikum findet, welches für sie Verständniß empfinden würde. Die Theater sind längst nicht mehr bloße Musentempel. Sie sind eine soziale Institution, welche tiefe Wurzeln geschlagen hat und mit deren Bestande das Schicksal einer sehr zahlreichen Bevölkerungsschichte auf das Innigste verbunden ist. Werden die Pforten gesperrt, dann geht wohl Vielen nichts weiter ab, als ein liebgewonnenes Amusement, aber Tausenden vielleicht mangelt das Brod, fehlt der Erwerb und der Hunger streckt seine gierigen Arme über eine weitverzweigte Gruppe von Menschen aus, welche als Darbende an die Thüren pochen, oder keinen Muth finden, ihre Lage zu enthüllen und es vorziehen werden, die bitterste Noth zu ertragen als die Hand für Almosen zu öffnen.

Dürfen wir ruhig dem Anbruche von Zuständen ähnlicher Art entgegen blicken? Aber es ist dabei noch ein fernerer Umstand in Betracht zu ziehen, welcher auch im Memorandum der Wiener Theater-Direktoren hervorgehoben wurde. Den Fremden bietet Wien eigentlich nicht sonderlich viel an Zerstreuung. Wer nach Kunstschätzen forscht, wer die Werke großer Meister bewundern will, wessen Auge Ergötzen an Monumentalbauten, an den herrlichen Werken der Poesie in Stein sucht, der wird in Wien unendlich Vieles finden, was ihn anzieht und fesselt. Aber das Gros der Fremden, welches durch die Städte des Kontinents wandert, sucht Abwechslung sucht Erheiterung, begnügt sich nicht mit Bilder-Galerien, welche die langen Abende nicht ausfüllen können. Was bietet Wien Diesen, wenn jene Theater gesperrt werden, die eine Spezialität unserer Kapitale sind? Darauf ist es wohl sehr schwer, eine Antwort zu finden. Glücklicherweise ist bei uns das Tingel-Tangel-Wesen noch nicht genug raffinirt, sind Etablissements nach Art der berüchtigten Pariser Gärten, in denen Tugend und Geld vergeudet wird, von unserem Boden noch zurückgehalten worden. Die Theater waren bisher der einzige Sammelpunkt für den Abend und für die Fremden der einzige Zufluchtsort vor der Monotonie einer Weltstadt. Sind diese geschlossen, so wird die Oede in ihren Räumen auch eine Oede in den Hotels zur unabwendbaren Folge haben, eine Oede in allen Anstalten und Geschäften, welche vom Fremdenzuzug gespeist werden. Den Einheimischen aber bliebe wohl eine Zuflucht. Das Hof-Burgtheater und die Hofoper sind nicht für Jedermann berechnet. Nicht jeder kleine Gewerbsmann kann auf den Höhen des Parnasses ausruhen, nicht Jeder den vollendeten Leistungen der Musik unablässig folgen. Er wird sich deshalb dem Tingel-Tangel zuwenden, welches in den Kellerräumen oder obskuren Wirthslokalen sein Unwesen treibt, und das wäre wohl mit eine der beklagenswerthesten Folgen einer Theaterkrise.

Das sind wohl Gründe genug, eine solche mit allen Mitteln abzuwehren. Der Monarch anerkannte, daß es eine Kalamität für Wien wäre, wenn die Theater geschlossen werden müßten. Der Souverän versprach, den Wiener Theatern nach Möglichkeit und Thunlichkeit seinen Schutz angedeihen zu lassen. Mit der rücksichtslosen Handhabung aller Vorsichtsmaßnahmen, mit der unnachsichtigen Ahndung jeder Unterlassung, mit der vollen und raschen Strenge gegen jede Leichtfertigkeit ist gewiß auch ein Wohlwollen für die Institute selbst vereinbar. Lange kann die Krise nicht anhalten. Hat das Publikum die Ueberzeugung gewonnen, daß die Behörden ihre Pflichten erfüllen und für die Sicherheit gehörig gesorgt wird, dann schwindet auch die Beklemmung, dann weicht die Scheu vor dem Theater. Doch der Prozeß der Genesung fordert Zeit. Das Gemüth ist durch die Schreckensszenen affizirt. Es muß vorerst geheilt werden. Mittlerweile jedoch muß Hilfe geboten werden, Hilfe im Interesse der ungezählten Menschen, welchen das Theaterwesen Unterhalt gewährt, Hilfe im Interesse der Residenz, welche nicht in ein Trauerhaus verwandelt werden kann. Die Besserung der Verhältnisse kann nur von den Direktoren und vom Publikum ausgehen. Die ersteren sollen Alles zur Ausführung bringen, was das Publikum zu sichern vermag, sie sollen ferner für die genaue Ueberwachung aller Sicherheitsvorkehrungen Sorge tragen, das Publikum dagegen muß alle Neu-Einrichtungen ohne Scheu und ohne Mißtrauen untersuchen, darf nicht dem Feuerwahn gänzlich zum Opfer fallen, der gleich jedem andern verderblich werden muß. Für die Zwischenzeit, für den Zwischenakt zwischen dem Heute und der nächsten Zukunft muß dagegen Vorsorge getroffen werden, und die Kommune, welche die Künste bisher in so ausgiebiger Weise unterstützt hat, wird ihren Pflichten nicht in einem Falle untreu werden, wo nicht die Kunst allein, sondern auch die Humanität und ihr eigenes Interesse das Wort sprechen. Und ist die Kommune zur Hilfe bereit, dann ist es ja möglich, daß auch die ferner stehenden Angehörigen, das Land und der Staat sich noch zur rechten Zeit einstellen, um eine Krise aufzuhalten, deren düstere Schatten über die Kommune sowohl als über das Land und den Staat fallen würden.

Konstantinopel, 16. Dezember. Die öffentliche Sicherheit in der Türkei und namentlich in Konstantinopel bietet bekanntlich seit Jahr und Tag ein geradezu klägliches Bild und bildet den ständigen Gegenstand schwerer Anklagen gegen die türkische Verwaltung. Seit einiger Zeit machen die Behörden der türkischen Hauptstadt anerkennenswerthe Anstrengungen, um das alte Uebel an der Wurzel zu packen und auszurotten. Die Aktion der Behörde ist hierbei in erster Linie auf die Verdrängung jenes internationalen Gesindels gerichtet, das sich in Konstantinopel eingenistet hat. Es ist nämlich eine unstreitige Thatsache, daß die große Mehrzahl der Verbrechen und Vergehen auf Rechnung der zahlreichen in Konstantinopel ansässigen, fremdländischen Vagabunden zu setzen ist. In keiner anderen europäischen Hauptstadt findet man so viele eingewanderte Deklassirte, Industrieritter, Abenteurer aller Art, Bettler u. s. w., deren Lebenswandel sich auf der äußersten Grenze der Gesetzlichkeit bewegt. Diese Leute, welchen der heimathliche Boden zu heiß geworden ist, kommen mit der oft nur zu begründeten Hoffnung hierher, daß ihr wenig ehrenhaftes Gewerbe in der türkischen Hauptstadt besser gedeihen werde. Zu diesem Vagabundenthum, das sich bis zum heutigen Tage einer gewissen Duldung erfreute und dem häufig eine unbegreifliche Nachsicht seitens der verschiedenen Botschaften zu Theil wurde, liefert Griechenland das größte Kontingent. Die türkischen Behörden machen sich nun, wie Eingangs gesagt, daran, auf diesem Gebiete ein wenig aufzuräumen. Der Polizeichef von Pera, Bahri Pascha, ein Mann von großer Energie, hat bereits mehr als 300 Fremde der gefährlichsten Gattung aus Konstantinopel entfernen lassen. Die ottomanischen Konsuln im Auslande haben überdies die Weisung erhalten, alle Pässe, in denen die Türkei als Reiseziel bezeichnet ist, einer genauen Prüfung zu unterziehen und alle Anstrengungen zu machen, um mittellose Individuen an der Ausführung einer solchen Reise zu verhindern. Auch das freche Gebahren der Diebsbanden in Konstantinopel ist in Folge neuer Maßregeln unmöglich gemacht worden. Zwar hat die Verbrechenschronik von Konstantinopel noch immer eine sehr große Anzahl von Diebstählen zu verzeichnen, allein so viel ist schon erreicht, daß die Führer der Diebsbanden nicht mehr wie früher am hellen Tage und vor den Augen der Polizei die Früchte ihres Gewerbes genießen.

Provinzielles

Stettin, 25. Dezember. Die Strafbestimmungen des Wuchergesetzes finden nach einem Urtheil des Reichsgerichts, III. Straffenats, vom 2. November d. J., keine Anwendung, wenn der Darlehnsnehmer, welcher zu übermäßigem Zins Geld geliehen erhält, sich nur in vorübergehender Geldverlegenheit befindet, ohne durch diese Verlegenheit in die Nothwendigkeit versetzt worden zu sein, das wucherische Darlehn aufzunehmen. In diesem Falle fehlt das zur Strafbarkeit des Wuchers erforderliche Requisit der „Ausbeutung der Nothlage" des Darlehnsnehmers. Eine Ausbeutung der Unerfahrenheit des Bewucherten, welche gleichfalls die Bestrafung wegen Wuchers zur Folge hat, liegt nach demselben Urtheil des Reichsgerichts nicht nur vor, wenn der Darlehnsnehmer in Folge von Geschäftsunkenntniß nicht befähigt ist, über die Bedeutung und Tragweite des konkreten Geschäfts, namentlich über die Schwere der Bedingungen, unter denen ihm das Darlehn gewährt wird, sich klar zu werden, sondern sie liegt auch bereits dann vor, wenn der Bewucherte von der vorhandenen Möglichkeit, auf andere und billigere Weise das Geld, dessen er bedarf, sich zu verschaffen, in Folge mangelnder geschäftlicher oder sonstiger Erfahrung keine Kenntniß hat und in Folge dieser Unkenntniß jene Gelegenheit nicht benutzt, sondern zu der Eingehung des wucherischen Geschäfts sich entschließt.

— Dienstag, den 27. d. M., feiert der Gerichtsdiener Aug. Müller sein 25jähriges Dienstjubiläum als Gerichtsdiener bei dem hiesigen Gericht.

— Von der kaiserlichen Ober-Post-Direktion geht uns Folgendes zu: Um den wiederholt vorgekommenen Verzögerungen in der Bestellung der nach den Vororten Stettins bestimmten, irrthümlich aber mit einem unrichtigen Bestimmungsorte versehenen Postsendungen für die Folge nachhaltig zu begegnen, wird das korrespondirende Publikum ergebenst ersucht, thunlichst darauf hinzuwirken, daß die für dasselbe eingehenden Briefe 2c. mit dem Bestimmungsorte „Stettin" bezw. „Stettin-Grünhof" oder „Grabow" versehen werden. Zum Bestellbezirke des kaiserlichen Postamts in Stettin-Grünhof gehören folgende Straßen: a. zum Weichbilde Stettin gehörig: Elysiumstraße, Feldstraße Nr. 1—5, Gartenstraße, Grenzstraße, Grünhofer Steig, Heinrichstraße 1—10, 15 und 16, 32—44, Kurzestraße, Lukasstraße, Pölitzerstraße 31—83, Roonstraße 1, 2 und 50, Taubenstraße, Warsowerstraße 1—8, Werderstraße 50 und 51, Zabelsdorferstraße 4—42; — b. vom Weichbilde Gemeinde Nemitz: am Wege nach der Malzmühle 1, 2, 3, 4 und 5, Nemitzerstraße, Nemitzer neue Straße 1, 2 und 3, Warsowerstraße 11 und 12; — c. Zum Weichbilde Grabow gehörig: Heinrichstraße 11—14, Langestraße 39, 42—56, Neuestraße 5, 5a, 5b, 8, 10, 11 und 12; — d. Zum Weichbilde Bredow gehörig: Albertstraße, Auguststraße, Fabrikstraße 1—7, Feldstraße 6—36, Georgstraße, Heinrichstraße 17—30, Marktstraße 1, 2, 2a, 2b, 2c und 3, Martinstraße, Rosenstraße, Ulrichstraße, Weidenstraße, Zabelsdorferstraße 1, 2 und 3. — Zum Bestellbezirk des kaiserlichen Postamts in Grabow gehören folgende Straßen: 1. Das Stadtgebiet Grabow, mit Ausschluß der Langenstraße von Nr. 42—56 und der Neuen Straße, jedoch ohne Nr. 1 (Kiskers Villa). 2. Zum Stadtgebiet Stettin gehörig: a. Grabowerstraße Nr. 7 (Prinzeßschloß bez. Neue Liedertafel); b. Gustav-Adolphstraße; c. Blumenstraße Nr. 14, 15, 16; d. Am Logengarten Nr. 8.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Nachmittags-Vorstellung: „Die Reise durch das Märchenland." Eine Weihnachts-Komödie 6 Bildern. Abend-Vorstellung: „Die lustigen Weiber von Windsor." Oper 3 Akten. Bellevue: „Die Schule der Verliebten." Lustsp. 5 Akten. **Montag:** Stadttheater: Nachmittags-Vorstellung. „Die Reise durch das Märchenland." Abend-Vorstellung. „Undine." Oper 4 Akten. Bellevue: „Der Störenfried." Lustsp. 4 Akten. **Dienstag:** Stadttheater: „Donna Diana." Lustsp. 4 Akten. Bellevue: „Die weiße Dame." Oper 3 Akten.

Stettin. Man wird sich entsinnen, daß im Herbste d. J. der Allgemeine deutsche Schriftsteller-Verband seinen Jahrestag in Wien abhielt und von der Kommune wie der ganzen Einwohnerschaft auf die allerglänzendste Weise bewillkommnet wurde. Eingedenk dieser ihm erwiesenen Gastfreundschaft erläßt jetzt der Allgemeine deutsche Schriftstellerverband an seine Mitglieder einen Aufruf um Gaben für die tiefgebeugten Opfer der Wiener Katastrophe. Demselben schließt sich ein ergreifendes Gedicht des Verbandsgenossen Emil Ritterhaus an, das wir unseren Lesern nachstehend mittheilen:

Den deutschen Schriftstellern und Schriftstellerinnen!

Von

Emil Ritterhaus.

Wie traulich hat begrüßt uns Wien, als wir im Herbst dort eingekehrt!
Wo nur ein fremder Gast erschien, da hielt man gern ihn lieb und werth,
Da bot man ihm mit offner Hand der Freude schönste Gaben dar.
Ein leuchtendes Willkommen stand, fürwahr, in jedem Augenpaar.
Die goldne Feder ward uns dort, ein blanker Ehrenschmuck, verlieh'n,
Und laut erklang des Dankes Wort dem schönen Wien, dem deutschen Wien.

Das schöne Wien, die deutsche Stadt! Welch' andres Bildniß zeigt sich heut'!
Der helle Klang der Becher hat verwandelt sich in Grabgeläut'!
Der Jubelruf ward ein Gebet, der Baum der Freude ist entlaubt;
An hunderten von Leichen steht die Trauer mit gesenktem Haupt. —
Die Lebensblüthen, abgestreift hat sie mit rascher Hand der Tod,
Und mit den scharfen Krallen greift nach manchem schon die bittre Noth. —

Ihr, von der Feder, nun herbei! Der Wehruf tönt aus Schutt und Brand.
Wohlan, die Wünschelruthe sei, die Feder, jetzt in Eurer Hand!
Sie poch' an jedem Herzen an, daß gern und schnell es Hülfe reich',
Daß auf des Jammers dunkler Bahn nicht auch der Sorge Schlange schleich'.
Nun seid des Dankes eingedenk! Herbei, ihr alle, Groß und Klein!
Für Wien ein gutes Christgeschenk soll auch das kleinste Scherflein sein!

Schon werden in des Zimmers Raum die bunten Gaben rings gebracht. —
Ein Licht an jedem Weihnachtsbaum streu' milden Schein in Kummers Nacht,
Und machts ein einzig' Aeuglein klar, das rothgeweint sich senken mußt',
Es wird Euch segnen wunderbar dafür der Gott in Eurer Brust!
Den Herzen, tiefgebeugt vom Leid, o, bringt des Friedens Palmenblatt! —
Zum Dienste der Barmherzigkeit herbei für Wien, die deutsche Stadt!

— Fräulein Flößel tritt aus dem Verbande des Carl Theaters in Wien und wird zunächst einige Gastspiele in Berlin, Stettin und anderen Städten Norddeutschlands absolviren und zu Ostern ein Engagement in Leipzig antreten.

Vermischtes.

— (Wieder eine Blutvergiftung.) In Sagan ist eine Frau, welche sich beim Nähen von Hemden, zu denen blaugefärbte Leinwand von einem auswärtigen Geschäft geliefert worden war, in Folge einer leichten Verletzung der Hand eine Blutvergiftung zugezogen hatte, an dieser gestorben.

— Die Stürme der verflossenen Woche haben unter den Schiffen an der Küste auf hoher See abermals entsetzliche Verheerungen angerichtet und ist auch diesmal wieder der Verlust zahlreicher Menschenleben zu beklagen. Nicht weniger als 44 Schiffe, worunter 33 britische, gingen in abgelaufener Woche unter und der Werth des verloren gegangenen Eigenthums wird auf 7 Millionen Pfd. Sterling geschätzt, wovon sechs Siebentel auf England kommen. 185 Menschenleben gingen bei diesen Schiffbrüchen verloren. Im Ganzen sind in diesem Jahre 1915 Schiffe untergegangen, oder 312 mehr als in derselben Zeit des Vorjahres.

Telegraphische Depeschen.

Bremen, 24. Dezember. Der im neuen Hafen zu Bremerhaven stationirte Lloyddampfer „Braunschweig" ist heute Morgen in Folge Einlaufens von Wasser in die Kohlenluken gesunken, doch sind gute Aussichten für die Hebung des Schiffes.

Wien, 23. Dezember. Nach der nunmehr rektifizirten Liste sind bei dem Brande des Ring-Theaters 449 Personen verunglückt; bei 12 anderen Personen ist dies zweifelhaft.

Paris, 23. Dezember. Das „Journal officiel" meldet, der hiesige deutsche Bankier, Baron v. Sarter (aus Düsseldorf) habe dem Seinepräfekten 100,000 Francs für verwahrloste Kinder und die Pariser Armen übermittelt.

Rom, 24. Dezember. Es finden Verhandlungen statt behufs Errichtung einer päpstlichen Nuntiatur in Bogota und einer Gesandtschaft Kolumbiens beim Vatikan. Die betreffenden Persönlichkeiten für diese Posten sind noch nicht ernannt.

London, 23. Dezember. Der „Standard" dementirt seine Mittheilung von der Verlobung des dänischen Prinzen Waldemar.

Newyork, 23 Dezember. Börse anfangs flau und schlecht gestimmt, in der Nachbörse jedoch fester bei leichtem Geldstand.

Kirchliche Anzeigen.

Am 2. Weihnachtsfeiertage werden predigen:

In der Schloßkirche:
Herr Prediger de Bourdeaux um $8\frac{3}{4}$ Uhr.
Herr Konsistorialrath Brandt um $10\frac{1}{2}$ Uhr.
(Abendmahl, Beichte am Sonntag Abend 5 Uhr.)
Herr Prediger Katter um 2 Uhr.

In der Jakobi-Kirche:
Herr Prediger Steinmetz um 10 Uhr.
(Nach der Predigt Beichte und Abendmahl.)
Herr Prediger Pauli um 2 Uhr.
Herr Prediger Schiffmann um 5 Uhr.

In der Johannis-Kirche:
Herr Konsistorialrath Wilhelmi um 9 Uhr.
(Militär-Gottesdienst.)
Herr Pastor Friedrichs um $10\frac{1}{2}$ Uhr.
(Nach der Predigt Beichte und Abendmahl.)
Herr Prediger Müller um 2 Uhr.

In der St Peter- und Pauls-Kirche:
Herr Pastor Knoblauch um $9\frac{3}{4}$ Uhr.
(Nach der Predigt Beichte und Abendmahl.)
Herr Prediger Hoffmann um 2 Uhr.

In der Gertrud-Kirche:
Herr Pastor Luckow um $9\frac{1}{2}$ Uhr.
(Beichte und Abendmahl.)
Herr Prediger Nitschalk um 5 Uhr.

In der lutherischen Kirche in der Neustadt:
Herr Pastor Oergel um 9 Uhr.
Nachmittags $2\frac{1}{2}$ Uhr Lesegottesdienst.
Am 3. Feiertage Vorm. $9\frac{1}{2}$ Uhr Lesegottesdienst.

In der Lukas-Kirche:
Herr Prediger Hübner um 10 Uhr.
(Abendmahl, Beichte am Sonntag Abend 6 Uhr.)

In Torney in Bethanien:
Herr Prov.-Schulrath Schultz um 10 Uhr.
Abends 6 Uhr Liturgische Weihnachtsfeier.

In Torney in Salem:
Herr Prediger Pauli um 10 Uhr.

In Grabow:
Herr Prediger Mans um $10\frac{1}{2}$ Uhr.
(Nach der Predigt Beichte und Abendmahl.)
Am 3. Feiertage, Abends 7 Uhr, Kindergottesdienst und Kinderbescheerung:
Herr Prediger Mans.

In Züllchow:
Herr Prediger Hoffmann um 10 Uhr.